

# Eon Ruhrgas unter Verdacht der Korruption

**BESTECHUNG** Energieriese soll Politikern Reisen finanziert haben – Ermittlungen

Mehr als 100 Stadträte und Lokalpolitiker sollen involviert sein. Das Unternehmen wollte keine Stellung nehmen.

**KÖLN/DPA** – Gegen den Energiekonzern Eon Ruhrgas laufen Ermittlungen wegen des Verdachts, mehr als 100 Stadträten und anderen Lokalpolitikern Vergnügungsreisen finanziert zu haben. Ermittelt wird wegen des Anfangsverdachts der Vorteilsgewährung durch Eon Ruhrgas und der Vorteilsannahme durch Aufsichtsratsmitglieder von mehreren kommunalen Gasversorgern.

Die Kölner Staatsanwaltschaft bestätigte gestern einen Bericht der „Neuen Ruhr Zeitung“. Ob die Kommunalpolitiker sich im Gegenzug für Lieferverträge mit Eon ein-

setzten, sei noch unklar. Eon Ruhrgas lehnte eine Stellungnahme wegen der noch laufenden Ermittlungen ab. Sie waren Mitte 2005 durch eine Anzeige in Gang gekommen.

Durchsuchungen, unter anderem in der Essener Ruhrgas-Zentrale, hätten den Verdacht ergeben, dass bestimmte Reisen nicht dienst-

lich veranlasst gewesen seien, sagte Günther Feld von der Kölner Staatsanwaltschaft. „Der Verdacht ergibt sich insbeson-

dere dann, wenn Partner von Aufsichtsräten bei solchen Reisen mitfahren“, sagte Feld.

Dies sei bei einigen Ausflügen, z.B. nach Barcelona, der Fall gewesen. Betroffen sind unter anderem die Stadtwerke Essen. Die Kölner Staatsanwaltschaft werde die Verfahren voraussichtlich an die Ermittler in den betroffenen Kommunen abgeben.

---

*Aufsichtsräte  
hatten ihre  
Frauen  
mitgenommen*

---

Nordwest-Zeitung v. 18.01.2006

## **Eon nennt angebliche Vergnügungstrips „Informationsreisen“**

**In Nordrhein-Westfalen schlägt eine Korruptionsaffäre um den Essener Energieriesen Eon-Ruhrgas hohe Wellen: 100 Kommunalvertreter sollen sich von dem Konzern zu Vergnügungsreisen haben einladen lassen. Doch sowohl Eon als auch die Eingeladenen setzen sich nun zur Wehr.**

HB ESSEN. Der Sprecher von Eon-Ruhrgas, Helmut Roloff, nannte die Reisen zu Gasplattformen „reine Informationsreisen mit straffem Programm“. Zu anderen Reisen, zum Beispiel nach Barcelona, Brügge oder St. Petersburg, deretwegen eben-

falls ermittelt wird, sowie zum Vorwurf, dass zum Teil auch Ehegatten mitfahren, wollte Roloff sich wegen des laufenden Verfahrens nicht äußern.

Auch mehrere beschuldigte kommunale Unternehmen oder deren Aufsichtsräte wehrten sich gegen die Vorwürfe. „Bei der Reise nach Norwegen ging es zu 100 Prozent um Information, ein touristisches Programm gab es nicht, und es waren keine Ehegatten dabei“, sagte der Geschäftsführer der Stadtwerke Burscheid, Siegfried Thielsch. Er bestritt, dass die Burscheider Aufsichtsräte zu Gunsten von Eon als Gasversorger beeinflusst werden sollten: „Der Geschäftsführer entscheidet über Verträge und berichtet dem Aufsichtsrat lediglich. Deshalb kann bei uns eine Vorteilsannahme gar nicht vorliegen.“

Die Stadtwerke Essen stufte eine von Eon finanzierte Reise nach Barcelona als dienstlich ein, weil es auch ein Fachprogramm gegeben habe. Der Frechener Bürgermeister Hans-Willi Meier (CDU) verteidigte eine Reise nach Belgien, an der er 2003 mit dem Hinweis, dass Eon der Finanzier gewesen sei, „war uns nicht bekannt“.

Die Ermittlungen der Kölner Staatsanwaltschaft waren im Mai 2005 ins Rollen gekommen. Den Ermittlern war anonym ein Zeitungsbericht über die Fahrt von Aufsichtsratsmitgliedern zu einer Bohrplattform zugeschickt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte deshalb Durchsuchungen veranlasst, unter anderem der Eon-Zentrale. Das dabei gefundene Material hatte den Blick der Ermittler auf zahlreiche weitere Reisen gelenkt.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun gegen mehr als 100 Aufsichtsräte von 30 kommunalen Versorgungsunternehmen sowie gegen fünf Eon-Mitarbeiter. Der Vorwurf gegen die Kommunalpolitiker lautet Vorteilsannahme, der gegen die Eon-Mitarbeiter Vorteilsgewährung. Es wird geprüft, ob die Essener Eon systematisch zu Vergnügungsreisen einlud, um kommunale Entscheider für künftige Lieferverträge wohlwollend zu stimmen. **Die Reisen kosteten jeweils bis zu 120 000 Euro.**

<http://www.handelsblatt.com/pshb/fn/re/hbi/sfn/buildhbi/cn/GoArt!200013,200050,1020466/SH/0/depot/0/>

## **Böses Ende einer Dienstreise?**

### **Vorteilsannahme, Korruption... eine Begriffsklärung**

Die Staatsanwaltschaft Köln ermittelt inzwischen gegen über 100 Geschäftsführer, Aufsichtsräte, Eon Ruhrgas-Mitarbeiter und Kommunalpolitiker wegen Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung. Doch was heißt das eigentlich? *wdr.de* hat dazu Experten befragt.

### **Was steckt hinter den Eon-Reisen?**

Vorteilsgewährung und Vorteilsannahme sind Straftatbestände. Sie finden sich im Strafgesetzbuch, die Vorteilsannahme im Paragraph 331, die Vorteilsgewährung im Paragraph 333. "Vorteilsgewährung ist gegeben", erklärt Heinz Wirz, Jurist beim Bund der Steuerzahler, "wenn beispielsweise ein Unternehmen einem Amtsträger für seine Dienstausbübung etwas schenkt oder auch verspricht." Dann sei eine bestimmte Absicht zu unterstellen, dass der Beschenkte in seiner Haltung oder Entscheidung beeinflusst werden soll. In der aktuellen Affäre um die Ruhrgas-Reisen heißt das: Sollte die Staatsanwaltschaft den Verdacht beweisen können, dass die Reisen mehr Freizeit- als Dienstcharakter hatten und Eon Ruhrgas damit Geschäftsbeziehungen beeinflussen wollte, wäre das nach dem Gesetz ein Straftatbestand.

### **Teurer Rotwein schon zu viel**

Vorteilsannahme gelte hingegen für den Empfänger des Geschenks, das nach dem Gesetz allerdings als nicht mehr "geringfügig" einzustufen sein muss. Das ist in den meisten Fällen aber schon die teure Flasche Rotwein - oder eine schicke Reise. Wenn der Empfänger dieses Präsents sich dadurch veranlasst sieht, seine Dienstpflichten zu verletzen, liegt Bestechlichkeit und Bestechung vor. "Das ist allerdings meistens schwer nachzuweisen", so Wirz. Die Übergänge seien in vielen Fällen fließend.

### **"Kontaktpflege ja - aber nicht so"**

Ob die Kölner Müllaffäre oder der Wuppertaler Wohnungsbauskandal - in den vergangenen Jahren erschütterten zahlreiche Fälle das Vertrauen der Bürger. Viele öffentliche Institutionen, Unternehmen und kommunale Verwaltungen entwickelten daraufhin Verhaltenskodizes, neue Dienstvorschriften und Antikorruptionskonzepte. "Gerade nach diesen Skandalen müsste man doch annehmen, dass gerade Beschäftigte in der Kommunalpolitik hochgradig sensibilisiert sind", erklärt Prof. Dieter Biallas von der internationalen Anti-Korruptionsorganisation "Transparency International". Die so genannte Landschaftspflege, also die Pflege geschäftlicher Kontakte in der Wirtschaft, sei zwar üblich und auch nötig, aber nicht auf die Art und Weise, wie es offenkundig teilweise noch betrieben würde, betonte Biallas.

### **Forderung: Bei Aufsichtsräten "aufräumen"**

Selbst wenn sich die Vorwürfe gegen Aufsichtsratsmitglieder und Geschäftsführer der Stadtwerke und Eon-Mitarbeiter nicht strafrechtlich nachweisen ließen, sei doch deren Handeln unverantwortlich und unmoralisch, meint der Experte von "Transparency International": "Es muss denen doch klar sein, dass keiner Vorteile oder Gefälligkeiten verschenkt, der nicht auch etwas erwartet oder sogar zurückfordert." Bernd Schneider, Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, glaubt unterdessen an die Unschuld der Beschuldigten: "Jeder kommunale Politiker will doch

wieder gewählt werden. Der fragt sich doch vorher drei Mal, ob das ein Geschmäcke hat oder nicht."

Der Bonner Wirtschaftsrechtler Marcus Lutter forderte unterdessen Konsequenzen aus der Eon-Affäre. "Es ist sehr problematisch, dass die Aufsichtsräte von kommunalen Unternehmen zumeist mit Politikern und nicht mit Fachleuten besetzt werden", sagte Lutter der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung". Nach seiner Erfahrung würden die Aufsichtsräte von Stadtwerken oder kommunalen Wohnungsgesellschaften oft für ihre politische Treue belohnt und nicht wegen ihrer Fachkenntnis berufen. "An dieser Stelle muss einmal gründlich aufgeräumt werden", sagte Lutter.

[http://www.wdr.de/themen/wirtschaft/wirtschaftsbranche/eon/hintergrund\\_060119.jhtml?rubrikenstyle=wirtschaft](http://www.wdr.de/themen/wirtschaft/wirtschaftsbranche/eon/hintergrund_060119.jhtml?rubrikenstyle=wirtschaft)

## **Eon-Reisen: Ermittlungen ausgeweitet**

### **Regionale Gasversorger im Visier der Staatsanwaltschaft**

Der Bestechungsverdacht um den Energieriesen Eon Ruhrgas zieht weitere Kreise: Die Staatsanwaltschaft Köln ermittelt nun auch gegen die Geschäftsführer zahlreicher regionaler Gasversorger. Unterdessen weisen die Beschuldigten den Verdacht zurück.

### **Bezahlte Eon Ruhrgas 'touristische Aktivitäten'?**



Nun stehen also nicht nur über 100 kommunale Politiker und Aufsichtsräte sowie Mitarbeiter von Eon Ruhrgas im Verdacht der Vorteilsnahme beziehungsweise Vorteilsbegünstigung. Auch gegen die Geschäftsführer von regionalen Energieversorgern ermittelt die Staatsanwaltschaft Köln, wie am Donnerstag (19.01.06) bekannt wurde. Zudem überprüfen die Kölner Ermittler nun auch Fälle aus anderen Bundesländern wie Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Dies erklärte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft *wdr.de*. Die Ermittlungen stünden hier noch am Anfang, zunächst werde geprüft, ob die Reisen überhaupt stattgefunden haben. Bei den Reisen besteht der Verdacht, dass sie mehr touristischen als dienstlichen Charakter hatten und Eon Ruhrgas damit die Geschäftsbeziehungen beeinflussen wollte.

### **"Informationsreisen mit straffem Programm"**

Unterdessen haben sich immer mehr der Beschuldigten zu Wort gemeldet und die Vorwürfe zurückgewiesen. So verteidigte Eon-Sprecher Helmut Roloff am Donnerstag (19.01.06) Ausflüge zu Gasplattformen: "*Dabei handelte es sich um reine Informationsreisen mit straffem Programm.*" Zu weiteren Reisen, unter anderem nach Barcelona, Brügge oder St. Petersburg, sowie zum Vorwurf, dass zum Teil auch Ehegatten mitfahren, wollte Roloff sich wegen des laufenden Verfahrens nicht äußern.

## Burscheider Bürger löste die Ermittlungen aus!

### Video und Audio

-  [Korruption bei Eon?](#)  
[Aktuelle Stunde (19.01.06); 2'56]
-  [Eon im Visier der Staatsanwaltschaft](#)  
[WDR2 Der Tag (19.01.06); 3'05]

Auch die Aufsichtsräte mehrerer beschuldigter kommunaler Unternehmen wehrten sich gegen die Vorwürfe. *"Bei der Reise nach Norwegen ging es zu 100 Prozent um Information. Ein touristisches Programm gab es nicht und es waren keine Ehegatten dabei"*, sagte der Geschäftsführer der Stadtwerke Burscheid, Siegfried Thielsch. Dieser Fall hatte den Verdacht der Kölner Staatsanwaltschaft im Mai 2005 geweckt. Den Ermittlern war anonym von einem Burscheider Bürger ein Zeitungsbericht über die Reise von Aufsichtsratsmitgliedern zu einer Bohrplattform zugeschickt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte deshalb Durchsuchungen veranlasst, unter anderem der Eon-Zentrale. Das dabei gefundene Material hatte den Blick der Ermittler auf zahlreiche weitere Reisen gelenkt.

Thielsch bestritt auch, dass die Burscheider Aufsichtsräte zu Gunsten von Eon als Gasversorger beeinflusst werden sollten: *"Der Geschäftsführer entscheidet über Verträge und berichtet dem Aufsichtsrat lediglich. Deshalb kann bei uns eine Vorteilsannahme gar nicht vorliegen."* Ähnlich äußerte sich die Energieversorgung Leverkusen über die Teilnahme an einer Norwegen-Reise.

### Geldgeber unbekannt?

Die Stadtwerke Essen stuften eine von Eon finanzierte Reise nach Barcelona als dienstlich ein, weil es auch ein Fachprogramm gegeben habe. Der Frechener Bürgermeister Hans-Willi Meier (CDU) verteidigte eine Reise nach Belgien, an der er 2003 teilnahm. Dass die Fahrt von Eon finanziert wurde, "war uns nicht bekannt", schrieb Meier an die Rathausfraktionen. Sollte es zu einer Verhandlung kommen, könnten die Beschuldigten zu Haftstrafen von bis zu drei Jahren oder zu Geldstrafen verurteilt werden.

### Grünen-Politiker: "Eine gewisse Tradition"

Während die Ermittlungen noch laufen, schlägt der Fall auch politisch hohe Wellen. NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) forderte, die Angelegenheit müsse zügig aufgeklärt werden. **Grünen-Politiker Reiner Priggen erklärte, er sehe "eine gewisse Tradition darin, dass Entsorgungsunternehmen, aber auch Energie-Erzeuger, versuchen, sich Kommunalpolitiker gefügig zu machen". Für ihn, so Priggen weiter, sei das "ein fließender Übergang zur Korruption".**

<http://www.wdr.de/themen/wirtschaft/wirtschaftsbranche/eon/060119.jhtml?rubrikenstyle=wirtschaft>